



## KANTONS RATSPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2019  
Kantonsratspräsident Josef Wyss

### **A 668 Anfrage Fanaj Ylfete und Mit. über Bildungsangebote der Regelstrukturen für spät eingereiste Jugendliche / Bildungs- und Kulturdepartement**

Die Anfrage A 668 und das Postulat P 669 von Ylfete Fanaj über kein Jugendlicher darf vergessen gehen werden als Paket behandelt.

Ylfete Fanaj ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Folgende Anträge liegen zum Postulat P 669 vor: Der Regierungsrat beantragt Ablehnung wegen Erfüllung.

Ylfete Fanaj hält an ihrem Postulat fest.

Ylfete Fanaj: Gemäss Antwort des Regierungsrates verfügt der Kanton über genügend Angebote, um die Jugendlichen bei der beruflichen Integration zu unterstützen. Die Angebote sind gut und die Bemühungen aller Beteiligten gross. Das freut mich sehr. Trotzdem fordere ich, diese Angebote zu überprüfen, da 60 Jugendliche nicht in die Brückenangebote aufgenommen wurden. Was passiert mit diesen Jugendlichen? Meiner Meinung nach besteht hier Handlungsbedarf. Wenn ein Jugendlicher nicht in die Brückenangebote aufgenommen wird, wird er vermutlich auch weder ins Motivationssemester noch ins Case Management aufgenommen. Gewisse Angebote fallen also weg, vor allem für Jugendliche mit Migrationshintergrund oder geflüchtete Personen, die wegen mangelnder Sprachkenntnisse nicht in die Brückenangebote aufgenommen wurden. Diese Jugendlichen müssen Deutschkurse besuchen, was meiner Meinung nach nicht das richtige Angebot ist. Diese Kurse finden oft nur während zwei bis drei Stunden am Tag statt, wo hingegen die Brückenangebote mit Deutschstunden, Coaching, Allgemeinbildung und Sport eine Tagesstruktur anbieten. Als Ablehnungsgrund für mein Postulat schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme: „Auf Grund der koordinierten Weiterentwicklungen in den vergangenen Jahren drängt sich zurzeit kein Ausbau der Brückenangebote und Aufbau neuer Angebote auf.“ Ich habe mich bei der entsprechenden Dienststelle und den Brückenangeboten erkundigt. So habe ich erfahren, dass das neue Angebot „Vorstufe Integrationsbrückenangebot“ geschaffen wird, so wie ich es in meinem Postulat gefordert habe. Bei diesem Pilotprojekt geht es um eine Art Vorbereitungsjahr auf das richtige Brückenangebot. Ich möchte vom Bildungs- und Kulturdirektor wissen, ob es dieses Angebot tatsächlich gibt und falls ja, warum es im Vorstoss nicht erwähnt wird. Dieses Angebot ist bereits für diesen September auf das neue Schuljahr hin geplant. Zwei Wochen nach dem Ablehnungsantrag meines Postulats scheint doch Handlungsbedarf erkannt worden zu sein, und es wurde kurzfristig ein Angebot lanciert. Es würde mich natürlich sehr freuen, wenn dieses Angebot tatsächlich zustande kommt. Trotzdem halte ich an meinem Postulat fest.

Thomas Grüter: Für die CVP-Fraktion sind die Antworten des Regierungsrates auf die Anfrage A 668 klar und ausführlich. Die CVP findet, dass die Angebote für Jugendliche ab

16 Jahren gross und vielfältig sind. Die Aufnahmebedingungen – beispielsweise ins Zentrum für Brückenangebote – sind definiert und klar geregelt. Selbst für Jugendliche, welche die Voraussetzungen für die Aufnahme nicht erfüllen, stehen mit dem Berufsinformationszentrum BIZ und der Fachstelle für Beratung und Integration für Ausländerinnen und Ausländer (Fabia) weitere zuständige Stellen der Regelstruktur zur Verfügung. Die Antwort auf die Anfrage A 668 ist fast identisch mit der Stellungnahme des Regierungsrates zum Postulat P 669. Die Zusammenarbeit aller betroffenen Dienststellen ist aufeinander abgestimmt, und ihre Wirkung wird regelmässig mittels Reportings überprüft. Besonders hervorzuheben ist, dass die Nachlässigkeit in den letzten Jahren mit dem Ziel optimiert wurde, die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in die Berufswelt zu überführen. Daher wurde der Fokus auch speziell auf die spät eingereisten Jugendlichen aus dem Asyl- und Flüchtlingsbereich gelegt. Es ist ein Ausbau an geeigneten Praktikums- und Ausbildungsplätzen erfolgt, und es gibt sehr gute Angebote, die genutzt werden können. Aufgrund dieser koordinierten Weiterentwicklung der vergangenen Jahre lehnt die CVP-Fraktion das Postulat wegen Erfüllung ab.

Michèle Graber: Der Titel des Postulats ist vielversprechend, wie kann man also dagegen sein? Das Postulat spricht eine unserer Meinung nach sehr wichtige Zielgruppe an. So sollen junge Menschen eine Chance auf ein selbstbestimmtes, erfolgreiches Leben erhalten. Diesbezüglich hat der Kanton mit der Schaffung von Brückenangeboten, der Sekundarstufe II und Nachholbildungsmöglichkeiten schon viel getan. Die angesprochene Gruppe ist aber auch aus dem Blickwinkel der Integration wichtig. Junge Asylsuchende und Flüchtlinge stehen vor einer doppelten Herausforderung. Nebst den fehlenden Sprachkenntnissen und mangelnden Kenntnissen über unsere Lebensweise und Kultur kommt oft eine schwierige und traumatische Vergangenheit hinzu. Wir sind uns alle darin einig, dass gerade für diese Zielgruppe durchlässige und flexible Start- und Anschlussmöglichkeiten notwendig sind. Die Bemühungen des Kantons erachtet die GLP als gut. Es ist erfreulich, dass die Aufnahmebedingungen gewisser Programme nochmals angepasst wurden. Wir bestärken die Regierung darin, auf diesem Weg weiterzufahren. Wie wir vernommen haben, sind aufgrund der beiden Vorstösse noch weitere Angebote geschaffen worden. Die Regierung lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab. Wir haben mit der Begründung der Regierung etwas Mühe. Dennoch, die Regierung erkennt, dass der Auftrag nicht wegen Erfüllung erledigt ist, sondern dass der erste Prüfungsauftrag durchgeführt wurde und nun Massnahmen ergriffen werden. In diesem Fall stellen wir die gute Arbeit der Verwaltung in den Vordergrund und lehnen das Postulat wegen Erfüllung ab. Falls dem nicht so ist, wird sicher bald wieder ein entsprechendes Postulat eingereicht.

Bernhard Steiner: Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat klar ab. Die Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Angeboten ist in den letzten Jahren optimiert worden. Dadurch können sowohl ausländische wie auch inländische Jugendliche und junge Erwachsene nachhaltig in die Berufswelt integriert werden. Die SVP lehnt eine weiter gehende Ergänzung ab.

Gaudenz Zemp: Die Integration von spät eingereisten Jugendlichen in die Berufswelt ist eine sehr wichtige und anspruchsvolle Aufgabe. Das Postulat P 669 thematisiert die Übergänge zwischen den einzelnen Etappen in der Ausbildung und Integration. Das sind tatsächlich die anspruchsvollsten Phasen in diesem Prozess. Das gilt aber nicht nur für Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene, sondern für alle Jugendlichen. Der Kanton Luzern betreibt bereits ein sehr grosses Engagement und einen grossen Aufwand, um die spät eingereisten Jugendlichen reibungslos von der einen zur nächsten Etappe zu führen. Dabei ist der Koordinationsaufwand enorm, denn notgedrungen sind nicht weniger als fünf Dienststellen involviert. Hinzu kommen die Caritas, das Schweizerische Arbeiterhilfswerk und die Berufsberatung. Dabei muss der Kanton kritisch dafür besorgt sein, dass der Betreuungsaufwand in diesem Bereich im Vergleich zu den einheimischen Jugendlichen nicht komplett aus dem Ruder läuft. Auch dort läuft nicht immer alles rund, deshalb braucht es eine faire Aufteilung der vorhandenen Ressourcen. Der Kanton ist effizient organisiert und arbeitet weiter an Verbesserungen. Die Wirtschaft ist ebenfalls sensibilisiert und engagiert.

Nur ein Player spielt im Moment nicht mit, nämlich die Gewerkschaften. Sie wollen partout nicht einsehen, dass Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene bis zu ihrer Integration arbeitsvertraglich eine eigene Kategorie bilden müssen. Sie fürchten sich vor Veränderungen, und statt das Ganze im Auge zu behalten, reiben sie sich am Einzelfall auf. Insofern ist der Titel des Postulats symptomatisch. Man fordert ein rundum Sorglospaket für den Einzelfall, ignoriert aber die Herausforderung für die Massen. Das fängt leider bereits bei den Forderungen der Gewerkschaften bezüglich Praktikumsstellen für Jugendliche an. Doch wenn man später die Integration in den ersten Arbeitsmarkt durch die Gewerkschaften verhindert, nimmt man den Jugendlichen die berufliche Perspektive. Der Kanton hat nach der Flüchtlingswelle seine Hausaufgaben gemacht. Niemand geht vergessen, aber es ist nicht unbeschränkt Geld für alles Wünschenswerte vorhanden. Die FDP-Fraktion lehnt das Postulat wegen Erfüllung ab. Die Gewerkschaften wurden bisher nicht erwähnt, sind nun aber gefordert.

Andreas Hofer: Wir sind uns wohl alle darin einig, wie wichtig es ist, dass Jugendliche und junge Erwachsene in die Arbeitswelt integriert werden müssen. Es darf nicht sein, dass einzelne Jugendliche durch die Maschen fallen. Damit individuell auf diese Menschen eingegangen werden kann, braucht es genügend Angebote. Die Antworten der Regierung vermitteln den Eindruck, dass in diesem Bereich einiges getan wird. Das ist gut so. Auf einen Punkt aus dem Postulat P 669 gehe ich speziell ein. So schreibt die Regierung in ihrer Stellungnahme: „In den letzten beiden Jahren wurden in Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverband die Betriebe auf die Zielgruppe Migrantinnen und Migranten sensibilisiert. Die Bereitschaft, dieser Personengruppe eine Chance zu geben, ist merklich gestiegen.“ Es ist zentral, dass Jugendliche und junge Erwachsene in der Arbeitswelt Fuss fassen können, sonst nützen die ganzen schulischen Angebote wie ein Brückenangebot herzlich wenig. Die Jugendlichen sprechen dann zwar einigermaßen Deutsch und konnten schulische Defizite aufarbeiten, aber wofür? Es ist wichtig, dass Firmen entsprechende Arbeitsplätze anbieten. Laut Regierung ist das zwar vermehrt der Fall, aber immer noch viel zu wenig. Vielleicht könnte die Wirtschaftsförderung dieses Thema aufnehmen. Es liegt aber nicht nur an der Wirtschaft, sondern auch an der Politik und der Verwaltung. Als Selbständigerwerbender habe ich mir auch schon überlegt, einen solchen Arbeitsplatz zu schaffen. Mich schrecken aber der administrative Aufwand und mein Unwissen davor ab. Ich wünschte mir, dass es im Kanton eine zentrale Stelle gäbe, um die nötigen Auskünfte und Bewilligungen einholen zu können. Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen stimmt dem Postulat zu.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Aufgrund der sich verändernden Situation haben wir in den vergangenen Jahren vieles in die Wege geleitet. Natürlich kann man immer mehr machen, aber die Wirtschaft und das Gewerbe haben es auch verdient, dass man ihre Leistungen diesbezüglich anerkennt. Es wird sehr viel Gutes getan, aber Luft nach oben ist bekannterweise immer vorhanden. Die Koordination funktioniert gut, es wird aber immer sehr individuell entschieden. Es gibt keinen fixen Raster, sondern man bemüht sich sehr, auf die Bedürfnisse der einzelnen Personen einzugehen. Die Postulantin hat in ihrem Postulat vier Forderungen formuliert: eine bessere Abstimmung, die Optimierung der Durchlässigkeit, der Ausbau des Brückenangebots sowie neue Angebote zu prüfen und zu schaffen. Die Regierung beantragt, das Postulat wegen Erfüllung abzulehnen, da wir der Meinung sind, dass wir diese Aufgabe ernst nehmen und entsprechend umsetzen. Die Schaffung des neuen Angebots ist auch ein Beweis dafür. Warum das neue Angebot in der Stellungnahme nicht erwähnt worden ist, kann ich nicht beantworten. Das Angebot wurde vom Gesundheits- und Sozialdepartement aufgrund einer Bedürfnisabklärung in der Praxis bestellt. Wir richten es nun gemeinsam ein, weil wir der Meinung sind, dass es sich um ein Bedürfnis einiger Jugendlicher handelt. Ich bitte Sie, das Postulat abzulehnen.